

# Misstöne im Debattendschungel

**Kulturpolitik.** Das neue Urheberrecht soll Künstler gegenüber Plattformen wie Youtube besserstellen. Doch wie immer in dieser Debatte sehen sich gerade die Kreativen im Stich gelassen

K

Analyse

VON GEORG LEYRER

Ausgerechnet ein Gesetz, das die finanzielle Lage von Künstlern im digitalen Kulturumfeld verbessern soll, führt dazu, dass Künstler lautstark mit Existenzsorgen an die Öffentlichkeit gehen.

Es geht um eine Novelle zum Urheberrecht, die noch bis 13. Oktober in Begutachtung ist. Klingt trocken, hat aber weitreichende Auswirkungen – nicht nur für Künstler, sondern bis hinein in den Alltag von jedem, der sich im Internet bewegt. Denn es geht um den Konsum von Kultur, und der passiert in allergrößtem Ausmaß online: ein Video auf Youtube, ein lustiger Schmäh samt Foto auf Facebook oder Instagram, eine Musik-Playlist im Streaming.

Das alles hat den Kauf von Ton- und Bildträgern in großem Ausmaß ersetzt. Und das sorgt für ordentliches Knirschen im Vergütungsgetriebe.

## Kleingeld

Dies soll das Urheberrecht nun reparieren. Denn die Plattformen leben gut vom Content der Künstler. Die Künstler aber leben schlecht von den Cent-Beträgen, die



REUTERS / DADO RUYIC

erste Mal, dass es solche Mindeststandards in Österreich geben wird (wenn diese auch hinter der Regelung in Deutschland zurückbleiben).

„Durchgesetzt haben sich die Interessen der Allianz der Kreativwirtschaft Österreich (Wirtschaftskammer, Produzenten, Labels, Verlage, etc.) und der Nutzerinnen und Nutzer. Die Interessen der Kunstschaffenden bleiben – wieder einmal – auf der Strecke“, sagt Gernot Schödl von der Verwertungsgesellschaft der Filmschaffenden.

## Kompromiss

Diese Allianz, in der zahlreiche der größten Player (darunter Wirtschaftskammer und der ORF) vertreten sind, sieht das nicht so. „Der jetzt vorliegende Entwurf des Justizministeriums entspricht weder den Wunschvorstellungen der Künstlerorganisationen noch jenen der Kreativwirtschaft. Das spricht für einen ausgewogenen Kompromiss“, sagt Franz Medwentsch, Chef des heimischen Musikwirtschaftsverbands IFPI, für die Allianz.

Aber auch hier übt man Kritik: So, wie die Künstler, daran, dass Schnipsel nicht abgelingen müssen. Und daran, dass Nutzer beim

**Kultur wird vorwiegend online konsumiert. Und wirft in der digitalen Welt weit weniger Geld ab. Das soll sich nun ändern. Eigentlich**

diese ausschütten.

„Mehr Transparenz, faire Vergütungen und die Stärkung von Urheberinnen und Urhebern sind wesentliche Elemente des Begutachtungsentwurfs“, den das Justizministerium vorgelegt hat, wirbt das Kulturministerium. Große Plattformen sollen sich künftig um Nutzungsrechte für Musik, Text, Videos etc. bemühen müssen – und diese auch abgelden. Nur: Jetzt wird es kompliziert.

Denn an diesem Punkt prallen allerlei mächtige Interessen aufeinander. Jene der Künstler, klar. Aber auch jene der Internetplattformen, die sich vom kleinen Österreich – das hier eine EU-Vorgabe umgesetzt – nur ungern in die Geschäftsmodellsuppe spucken lassen. An deren Seite agiert

eine lautstarke Gruppe an Online-Lobbyisten und ihren Gleichgesinnten, die bei jeder Art von Schutz von künstlerischen Werken sehr aufgeregt vor eingeschränkter Meinungsfreiheit warnen.

Und dann gibt es noch die Verlage und die weiteren Künstlervertreter wie etwa Wertungsgesellschaften. Die haben Interessen, die weder mit jenen der Künstler noch des Publikums deckungsgleich sind.

### Verworren

All diesen Interessen werden in einer verworrenen Debatte, die für den Laien kaum entwirrbar ist, rund um das Urheberrecht aufeinanderge-

worfen. Ein Grundproblem an dieser Debatte ist, dass schon bisher bei jeder Bewegung im Urheberrecht oder der Künstlervergütung alle Seiten mit Weltuntergangsszenarien hantierten: Jeder wirft Nebelgranaten.

Vor einigen Jahren wurde etwa eine Pauschalabgabe auf Festplatten und andere Speichermedien eingeführt. Nicht nur der Elektro-Handel sah in vielen Aussendungen seinen eigenen Untergang (oder zumindest das Ende günstiger Festplatten) gekommen. Passiert ist nichts dergleichen.

Auch die Künstler haben bereits im Laufe der bald 20-jährigen Debatte über die Di-

gitalisierung des Kulturkonsums immer wieder Katastrophenszenarien ausgerufen, die sich nie realisiert haben.

### Glaubwürdigkeit

Auch nun wieder ist die Glaubwürdigkeit aller Seiten nicht leicht einzubuchen.

Die Online-Plattformen haben es durch geschicktes Marketing und Lobbying geschafft, jede Einschränkung ihres Geschäftsmodells als Eingriff in die Meinungsfreiheit darzustellen. Ein Dilemma für jene, die – zu Recht – gegen diese Sicht argumentieren müssen.

Die Künstler sehen, mal wieder, die Einnahmeverteilung zu ihren Ungunsten ver-

schohen. Schon im Vorjahr kursierten erste Arbeitspapiere zur Novelle, die weit künstlerfreundlicher waren als das nun vorliegende. So soll es nun doch keine Vergütung für Schnipsel auf Webseiten geben, beklagen sie zum Beispiel. Vor allem aber soll es kein belastbares Urhebervertragsrecht geben, wird moniert: Das würde sicherstellen, dass Künstler- und Vergütungsverträge gewisse Mindeststandards nicht zu Ungunsten der Künstler unterschreiten dürfen.

Doch gerade auf dieses Urhebervertragsrecht verweist man auch im Kulturministerium – als positive Neuerung: Es ist, immerhin, das

Upload von Musik selbst angeben können, ob es sich etwa um eine Parodie handelt. Dann wäre die Nutzung nämlich gratis – „ein Freibrief zum folgenlosen Rechtsmissbrauch“, sagt Medwenitsch. „Beide Schlupflöcher sind in der EU-Vorgabe nicht enthalten und sollten ersatzlos gestrichen werden.“

Die großen Player – die Geldgeber, die mächtigen Verbände – dürften jedenfalls bei der Novelle relativ gut aussteigen. Was einer – für die Kreativen – unangenehmen Realität entspricht: Ohne mächtige Institution im Rücken kann ein Kreativer im digitalen Raum kaum ein Auskommen finden. Egal, was das Internet einst den Künstlern alles an neuen Einnahmequellen versprochen hatte.



**KURIER**

*#digitalistgenial*

**KURIER Digital-Abo:  
Jetzt im Kombi-Paket mit Tablet  
ab nur € 22,- pro Monat (24x)**

Info & Bestellung unter: [kurierabo.at/tablet](http://kurierabo.at/tablet)  
Das Angebot gilt in ganz Österreich solange der Vorrat reicht bis 31.10.2021.  
AGB unter [kurierservice.at/agnb](http://kurierservice.at/agnb)